



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/183 - 8.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Unterwanderung der FDP	S. 1
Der Gefangene von Lima	S. 3
Baden-Baden - kein Erfolg für Adenauer	S. 5

FDP weiter auf dem Wege nach rechts

W.P. Der Vorsitzende der "Freien Demokratischen Partei", Vizekanzler Franz Blücher, hat sich entsprechend dem Beschluß des außerordentlichen Parteitagess seiner Partei in Nordrhein-Westfalen, Dr. Achenbach, nicht auf die Landesliste zu setzen, durchgesetzt. Damit wird der Anschein erweckt, als sei die Position des Bundesvorstandes gegenüber seinem am stärksten unterwanderten Landesverband in der Frage Achenbach endlich geklärt. In Wirklichkeit ist dies nur der vorläufige Schlußstrich unter die parteiinterne Auseinandersetzung über die Unterwanderung der FDP in Nordrhein-Westfalen durch ehemalige Nationalsozialisten. Das Schwergewicht liegt aber nach wie vor auf dem rechten Flügel der Partei und nicht beim Bundesvorstand.

Vor einigen Monaten hatte der sogenannte "Dreier-Ausschuß" innerhalb der FDP (dem die Bundesminister Dehler und Neumayer sowie der Bundestagsabgeordnete Onnen angehörten), in seinem vertraulichen Bericht über das Ausmaß der Unterwanderung der FDP durch ehemalige Nationalsozialisten festgestellt:

"Herr Dr. Ernst Achenbach hat der Gesamtpartei durch sein Verhalten schwer geschadet. Er hat nach seiner Grundhaltung niemals zu uns gehört. Sein Ausscheiden aus der FDP ist unabweislich".

Der FDP-Bundesvorstand, der sich dieser Empfehlung anschloß, forderte ebenfalls den Ausschluß Achenbachs. Aber in Nordrhein-

Westfalen reagierte man sauer. Ende Juli entschied der Landesvorstand, "daß die Voraussetzungen für einen Parteiausschluß Dr. Achenbachs nicht mehr gegeben" sind. Der Bundesvorstand, der seinen Ausschluß gefordert hatte, erwies sich als völlig machtlos.

Auch in Niedersachsen zeigte sich die Machtlosigkeit des FDP-Bundesvorstandes durch sein Unvermögen, dem von der hannoverschen FDP beantragten Ausschlußantrag gegen den Landesvorsitzenden Stegner und seinen Anhang wegen Begünstigung einer Unterwanderung der FDP durch ehemalige Nationalsozialisten das notwendige Gewicht zu verschaffen. Als letzte Möglichkeit sahen der Kreis- und Bezirksvorstand Hannover schließlich das Ausscheiden aus dem Landesverband und die Gründung des "Liberalen Bundes", dem neun von 16 FDP-Abgeordneten im niedersächsischen Landtag angehören. Die Spaltung droht übrigens auf andere Landesverbände überzugreifen, für Montag erwartet man die Gründung eines Liberalen Bundes auch in Nordrhein-Westfalen.

Ganz ähnlich läuft die Entwicklung bei der "Deutschen Partei", die von einer Krise in die andere stürzt. Bei beiden Parteien sehen die Bundesvorstände sich nicht mehr in der Lage, die Unterwanderung durch ehemalige NS-Führer, die ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat, zu verhindern. In dieser Lage erscheint es als sicher, daß im kommenden Bundestag die Gefahr von rechts in einer heute noch unverstellbaren Weise offenbar werden wird und zwar in der Form einer weitgehenden antidemokratischen Durchsetzung der jetzigen Koalitionsfreunde des Bundeskanzlers. Angesichts der mehr als fahrlässigen Tatenlosigkeit der für die demokratische Entwicklung verantwortlichen Parteiführungen ist der Tag vielleicht nicht mehr fern, an dem sie von den Kräften hinweggefegt werden, die sie heute noch glauben, bannen zu können.

+ + +

Viel Lärm um einen Flüchtling

Bogotá, Anfang August

Victor Raúl Haya de la Torre ist, obwohl er nie ein offizielles Amt bekleidet hat, einer der bekanntesten lateinamerikanischen Politiker. Er ist als Begründer der sozialreformerischen Apra-Bewegung hervorgetreten, die von Hayas Heimatland Perú ausgehend, sich Tausende von Freunden unter den unterdrückten Indios von Chile bis Kolumbien erwarb. In Perú ist sie als die Partei des kleinen Mannes die Mehrheitspartei. Sie hat viele verwandte Züge mit den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, zu denen sie freundschaftliche Beziehungen unterhält, auch wenn sie nicht der Internationale angeschlossen ist. Der korpulente Fünfziger Haya de la Torre, der in einem unermüdlichen und beschwerlichen Kampfe gegen die imperialistischen und feudalen Kräfte seiner Heimat viele Jahre der Verbannung hinter sich hat, hat auch in der Schweiz und in der Weimarer Republik gelebt.

Seit nahezu fünf Jahren sitzt er, einer der sonderbarsten Gefangenen dieser Zeit, in einem Zimmer der kolumbianischen Botschaft zu Lima, wohin er sich flüchtete, als ein ihm zur Last gelegter Aufstandsversuch junger peruanischer Offiziere im Jahre 1948 gescheitert war. Seither steht sein Land unter der demokratisch freisierten Militärdiktatur des Generals Odría, der die Apra verboten hat. Als die kolumbianische Botschaft bei Odría einen Passierschein für Haya de la Torre verlangte, wurde dieser Antrag abgelehnt. Der Flüchtling sei ein gewöhnlicher Verbrecher, dem das Asylrecht nicht zustehe. Da der anschliessende Notenkrieg zu keinem Resultat führte, wandten sich beide Regierungen an den Internationalen Gerichtshof im Haag, der ein sibyllinisches Urteil fällte. Die Qualifizierung des Flüchtlings stehe dem asylgewährenden Land allein zu, entschieden die Richter vom Haag. Aber das Asyl sei nur in dringenden Fällen und auf kurze Zeit zu gewähren, so dass die beiden Regierungen sofort in direkte Verhandlungen über das Schicksal des Gefangenen von Lima eintreten müssten. Da diese Verhandlungen keinen Erfolg hatte, blieb Haya weiter in der Botschaft, wo er an einem neuen Buch arbeitet.

Der im Juni in Kolumbien erfolgte Umsturz des Generals Rojas

Pinillo hätte eine neue Situation schaffen können. Jedoch bekannte sich kürzlich der kolumbianische Staatschef zum Asylrecht, das im übrigen durch panamerikanische Verträge von La Habana und Montevideo verankert ist und bisher nie Anlaß zu Klagen gegeben hat. Anders als in Europa, wo es vom Fall des Polizeikommissars Wohlgemuth im vorigen Jahrhundert bis zum Falle Berthold Jacob zu diplomatischen Konflikten zwischen Deutschland und der Schweiz kam, weil diese sich an das schon im Altertum geheiligte Asylrecht gebunden fühlte.

Noch vor seiner schriftlichen Fixierung ist das Asylrecht in Amerika immer respektiert worden. Heute leben in den USA Hunderte von lateinamerikanischen Exilpolitikern und unter den gegenwärtigen Regierungschefs gibt es nur wenige, die nicht selbst einmal in einer befreundeten Botschaft oder im Nachbarland Schutz suchen mußten. Eben darum ist zu erwarten, daß die peruanische Regierung dem Gefangenen von Lima den ihm zustehenden Passierschein für das Ausland nach nahezu fünfjährigem Warten zugestehen wird.

+ + +

Verfolgte Heimattreue

(sp) Wie wir von einem Teilnehmer, der kürzlich in die Westzone kam, erfahren, hat die Volkspolizei in Halle am 10. Mai unter den Sudetendeutschen dieses Gebietes eine große Verhaftungsaktion durchgeführt. Der Grund war, daß sich die dortigen Sudetendeutschen von Zeit zu Zeit in dem Zoo-Restaurant zu einer zwanglosen Zusammenkunft trafen. Am 10.5. waren wiederum etwa 600 Sudetendeutsche in dem Gartenlokal beisammen. Obwohl lediglich im persönlichen Gespräch Heimatnachrichten ausgetauscht wurden, erschien ein Überfallkommando der Volkspolizei und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die Verhafteten wurden nach Berufen gesondert (Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Geistliche) und in das Polizeigefängnis abtransportiert. Viele der Verhafteten waren bis Ende Juli noch nicht freigelassen.

+ + +

Baden-Baden winkte ab

ler. - "Auf keinen Fall werde ich dulden, dass der in Strassburg ausgearbeitete Entwurf einer europäischen politischen Gemeinschaft von den Mühlesteinen der Bürokratie zermahlen wird". Das sagte seinerzeit Bundeskanzler Dr. Adenauer. Nun muss er sich aber gedulden. Seine westeuropäischen Kollegen taten ihm nicht den Gefallen, die Strassburger Hausarbeit, an der der CDU-Fraktionsvorsitzende von Brentano federführend war, nun selbst in eigener Regie zu übernehmen. Es geschah in Baden-Baden genau das, was der Kanzler nicht haben wollte: Der ganze Entwurf bleibt zur weiteren Beratung einer Sachverständigen-Konferenz unter Leitung der stellvertretenden Außenminister belassen, geriet also doch in die Maschen der Bürokratie. Das ist eine böse Schlappe für den Bundeskanzler. Er ist wohl noch in der Lage, seine Partei auf Vordermann zu bringen, nicht aber die Außenminister Frankreichs, Italiens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs...

Es bedurfte erst des mehr oder weniger sanften Drucks durch die USA, um die Franzosen überhaupt zur Teilnahme an dieser Konferenz, die ausging wie das Hornberger Schiessen, zu bewegen. Bidault wollte sich nicht in den USA dem Verdacht aussetzen, dass er etwa weniger europafreundlich sei als sein deutscher Kollege. So machte er ein Spiel mit, das zu nichts verpflichtet. Vor seiner Abreise aus Paris versicherte er noch, um auf alle Fälle gedeckt zu sein, der ausserpolitischen Kommission der französischen Nationalversammlung, wichtige Beschlüsse werde es in Baden-Baden überhaupt nicht geben. Diese Zusage machte der vorsichtige Bidault zu einer Zeit, da de Gasperi noch italienischer Regierungschef war.

Der offensichtliche Leergang dieser Konferenz und ihre völlige Bedeutungslosigkeit für die weitere europäische Entwicklung wird freilich den Bundeskanzler nicht daran hindern, Baden-Baden als einen Erfolg für seine kleineuropäische Politik umzumünzen. Das sei ihm ruhig überlassen. Auf diesen Propagandaschlager kommt es schon nicht mehr an.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau